

Der Duisterwald ruft!



Am 7. Juli verwandelt sich der Duisburger Campus beim Campusfest in einen Märchenwald. (Foto: Jonas Heidebrecht)

Ganz märchenhaft soll es in diesem Jahr beim Campusfest der UDE zugehen: Am Freitag, 7. Juli, verwandelt sich der Parkplatz hinter dem Duisburger Campus in den Duisterwald. Inmitten dieses Märchenwaldes soll ein Schloss stehen, aber auch eine Drachenhöhle für die ganz Mutigen. Und Zwischendurch und Mittendrin: Ganz viel Musik.

„Es war einmal ein verwunschener Wald, der entführte jeden, der ihn besuchte, in eine märchenhafte Welt...“, so heißt es in der offiziellen Pressemitteilung des AStAs über das Campusfest. „Die Lehrenden und Lernenden nahe des Waldes sahen voller Frohmut dem Tag des musikalischen Zaubers entgegen. Denn jedes Jahr aufs Neue haben an diesem Tag die Arbeit und das Studium stillzustehen.“ Moment. Heißt das keine Uni am Freitag? Das bleibt leider eine märchenhafte Vorstellung.

Auf ins Schloss!

Doch auch wer erst abends den Märchenwald betreten kann, soll nicht leer ausgehen. Auf zwei Stages, themengetreu „Märchenschloss“ und „Drachenhöhle“ genannt, wird es von 14 bis 23 Uhr Programm geben. Da sich der AStA der UDE erst im Januar neu konstituiert hatte (akduell berichtete), sei das Planungsfenster für das Campusfest dementsprechend eng gewesen, so Presse- und Öffentlichkeitsreferent Jan Skrynecki (Unabhängige Demokraten). „Bevor es zu der Namenswahl kam, wollten wir erst ein Datum finden“, sagt er im Auftrag des Kulturreferats. Letzteres ist maßgeblich an der Planung und Umsetzung des Campusfests beteiligt. „Wir kamen schlussendlich auf das Datum des 7. Juli. Im selben Atemzug kam uns das Märchen-Design in den Kopf“, führt Skrynecki aus. Die Zahl sieben taucht immer wieder in Märchen auf, wie beispielsweise bei *Schneewittchen und die sieben Zwerge* oder *Der Wolf und die sieben Geißlein*. Der 7.7.2017 – perfekt also für das

Märchenwaldthema. „Der Titel und Name war für uns dann offensichtlich. Eine Mischung aus Duisburg und Märchenwald musste her: Es war einmal im Duisterwald“, so Skrynecki.

Die Bands, die beim diesjährigen Campusfest auftreten sollen, mussten ebenfalls unter Zeitdruck gefunden werden. „Wir haben viele Bands angefragt, haben aber auch viele Absagen bekommen“, meint Skrynecki. Schlussendlich sei das Lineup nun aus Email-Wünschen der Studierenden und persönlichen Verbindungen zu bestimmten Bands entstanden. „Viele Gruppen haben sich aber auch bei uns beworben“, so der AStA-Referent. Herausgekommen ist ein Mix aus bekannteren und unbekannteren Bands. Den Auftakt machen jeweils um 14 Uhr die Pop-Gruppe *Banda Senderos* im Märchenschloss und der Duisburger Rapper Marius Fuhrmann alias *Yellowsubmarius* in der Drachenhöhle.

Märchenhafte Rockmelodien für lau

Die anscheinend bekannteste Musikgruppe ist die Melodic-Hardcore-Band *Alazka* aus Recklinghausen. Sie haben bereits über 60.000 Fans auf Facebook und sind sozusagen der Headliner des Duisterwaldes. Von 22 bis 23 Uhr sollen sie am Freitag das Märchenschloss rocken. Von Reggae, über Rap bis Hardrock sind so ziemlich alle Musikgenres vertreten. Und dabei bleibt es gleichzeitig sehr regional: Beinahe alle Bands kommen aus dem Ruhrgebiet oder sind im Ruhrgebiet ansässig. Was etwas negativ auffällt: alle teilnehmenden Künstler sind männlich, keine einzige Künstlerin wird auf der Bühne zu sehen sein. Der Pluspunkt beim UDE-Campusfest im Vergleich zu denen an anderen Unis: Es ist und bleibt umsonst.

Das Öffentlichkeitsreferat hofft, dass abgesehen davon auch andere Faktoren die Studierenden anziehen werden. „Die Zuschauerzahl ist natürlich immer abhängig vom Wetter, da es eine Open Air-Veranstaltung ist“, sagt Skrynecki. „Auf Facebook haben wir eine Woche vor dem

Ehe für alle



Der Bundestag hat für die Ehe für alle gestimmt. Warum aber vor allem Aktivist*innen zu danken ist, lest ihr auf Seite 2.

Geld für wenige



Der finanzielle Druck für Studierende wächst, zeigt die Sozialdatenerhebung. Warum es Zeit für Änderungen ist, lest ihr auf Seite 4 und 5.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Campusfest gut 1.200 Interessierte und 250 Zusagen, mehr als im letzten Jahr“, so der Referent weiter. Man sei außerdem guter Dinge, dass das Campusfest nicht „ins Wasser fallen“ werde. Finanziell sei man unterhalb des im Haushaltsplan angesetzten Budgets geblieben. „Gerade im Bereich der Künstler*innen haben wir jedoch im Verhältnis zum letzten Campusfest mehr ausgegeben. Das liegt unter anderem auch daran, dass wir Walk-Acts auf dem Campus haben werden“, erläutert AStA-Referent Skrynecki. Zusätzlich zum musikalischen Programm wird es Stände geben, an denen Essen und Getränke verkauft werden sollen. Wie der Duisburger Campus in Märchenwald-Manier aussehen wird, will der AStA noch nicht vollständig verraten, Skrynecki verspricht aber: „Eines ist sicher: Das grüne Duisburg bietet viel Potenzial für Assoziationen mit einem Märchenwald. Lasst Euch überraschen!“ [rat]

Das genaue Lineup, sowie Spielorte und Zeiten findet ihr bei der Facebookveranstaltung des Campusfestes oder auf der Website des AStAs der UDE.

Ehe für alle: Dankt den Aktivist*innen

Kommentar

Sozialdemokratische Selbstbeweihräucherung

Ein Kommentar von Philipp Frohn

Der Wahlkampf ist im Gange und das kleine Schmusekätzchen SPD fährt ihre Krallen aus. Die Debatte um die Ehe für alle nutzen die Sozialdemokrat*innen, um sich nach einigen Wahlschlägen als Sieger*innen zu inszenieren. Sie wollten beweisen: „Wir stehen zu unseren Wahlversprechen.“ Das ist jedoch alles andere als glaubwürdig. „Einhundert Prozent Gerechtigkeit“, das forderte die SPD bei der vergangenen Bundestagswahl vor vier Jahren. „Die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften allein mittels Gerichtsurteilen ist für uns keine politische Option“, hieß es damals. Homosexuelle sollten demnach heiraten und Kinder adoptieren dürfen. Das Thema hatte bei der SPD aber anscheinend eine sehr niedrige Priorität. Weil die Öffnung der Ehe für homophobere Konservative ein No Go ist, verzichtete man im Koalitionsvertrag darauf.

Mit den sich häufenden Anfeindungen zwischen Union und SPD sowie dem wahrscheinlichen Wiedereinzug der FDP ist ein großkoalitionäres Weiter-So nicht vorstellbar. Angesichts der miserablen Umfragewerte und einer zunehmenden Skepsis gegenüber Kanzlerkandidat Martin Schulz brauchte die SPD nun also einen Erfolg, um als Alternative wahrgenommen zu werden. Dass sich die Partei nun aber in Form einer dauerhaften Selbstbeweihräucherung zu verstehen gibt, was für eine kühne Kämpferin für Gerechtigkeit sie ist, bleibt heuchlerisch. Außerdem: Auch ohne Union hätten die Stimmen von SPD, Grüne und Linke für das Gesetz vollkommen ausgereicht. Dass die Sozialdemokrat*innen den Koalitionsfrieden erst jetzt ad acta legen, zeigt, wie wichtig ihr Antidiskriminierung und Wahlversprechen sind. Im Vordergrund der aktuellen Bundestagsabstimmung standen wahltaktische Gründe.

Volker Beck (Grüne) Befürchtung, dass ein weiterer Wahlkampf auf dem Rücken der Rechte von Homosexuellen ausgetragen werde, tritt jetzt nicht mehr ein. Vielmehr wird sich die SPD weiterhin damit rühmen, ihr Wahlversprechen durchgebracht zu haben. Ob ihr das viele Wähler*innenstimmen bringt, bleibt abzuwarten. Nichtsdestotrotz wird es nach der Bundestagswahl wohl keine große Veränderungen geben – egal ob mit Phrasendrescher Schulz oder einer Weiterführung der Ära Merkel.



Mit Regenbogenflagge für gleiche Rechte: Die Aktivist*innen des CSD in Düsseldorf tanzten für Gleichstellung. (Foto: mac)

25 Jahre Aktivismus verdichten sich am Freitagmorgen des 30. Juni 2017 auf 38 Minuten Debattenzeit und eine Abstimmung im Plenarsaal des Bundestags. Danach ist klar: Die Ehe für alle wird im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschrieben. Voraussichtlich ab dem 1. November dürfen Menschen unabhängig vom Geschlecht die Ringe als Ehepartner*innen und nicht mehr nur als „Lebenspartner*innen“ tauschen. Am Ende könnte vor allem Angela Merkels (CDU) Aufhebung des Fraktionszwangs in die Geschichtsbücher eingehen. Dabei sollte man sich bei anderen Menschen bedanken: Den Aktivist*innen, die das ermöglicht haben.

„Frau Merkel, das war erbärmlich, das war peinlich“, brüllt der homosexuelle SPD-Politiker Johannes Kahrs fast bei der Debatte um die Öffnung der Ehe für alle im Bundestag. Bevor er nach nur zwei Minuten Redezeit wutentbrannt seine Papierstapel auf den Tisch knallt, um dann mit einem tatsächlich gebrüllten „und ehrlich gesagt, Frau Merkel: Danke für nichts!“ den Redeplatz zu verlassen.

Der vom Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) eingeforderte Respekt in der Debatte löste sich an dieser Stelle zugegebenermaßen etwas in Luft auf. Dabei hatte der Hamburger Politiker Kahrs in seiner Wutrede noch einen wichtigen Satz gesagt: „Deswegen bedanke ich mich nochmal bei allen, die auf den CSDs, die an den Infoständen, in den Diskussionen dafür gearbeitet haben.“ Denn das könnte bei der derzeitigen Debatte tatsächlich untergehen.

Vierteljahrhundert Engagement

Die Schlagzeilen sind dieser Tage nämlich voll mit dem Namen der Bundeskanzlerin. Zumindest seit sie im Gespräch mit der Zeitschrift *Brigitte* sagte, dass es sich eher um eine Gewissensentscheidung handele und damit subtil die Aufhebung des Fraktionszwangs lostrat – um dann selbst gegen die Ehe für alle zu stimmen. Da setzen sich Menschen ein Vierteljahrhundert für eine Sache ein und am Ende wird darüber debattiert, was das für den kommenden Bundestagswahlkampf bedeuten wird. Einer dieser Aktivist*innen durfte am Freitagmorgen

im Bundestag aber doch seine letzte Rede halten – Volker Beck (Grüne). Der Bundestagsabgeordnete sagte einen ebenfalls historischen Satz: „Die Phase der Toleranz ist beendet, die Epoche der Akzeptanz kann beginnen.“ Nach der Abstimmung wurde er von Parteikolleg*innen mit Konfetti gefeiert. Beck steht sinnbildlich für viele Aktivist*innen: Er beteiligte sich an unzähligen Demonstrationen, Paraden und Aktionen für die Gleichstellung und die Menschenrechte von LGBT*IQ. Nicht nur in Deutschland, sondern auch international.

Mit ihm taten das tausende weitere Menschen. Etwa auf den hiesigen Christopher Street Day-Paraden, die allsommerlich in über 50 Städten durch Deutschlands Straßen ziehen. Mit Musik und Tanz wollen sie die Gleichstellung aller Menschen unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung eben auch vor dem Gesetz erreichen. So forderte noch der CSD in Düsseldorf (aktuell berichtete) mit den Worten „nicht reden, sondern handeln! Noch in dieser Legislaturperiode!“ eine freie Abstimmung im Bundestag.

Es war eine Mischung aus Frust und Kampfgest, die man bei den bunt gekleideten Menschen auf den Paraden und Demonstrationen beobachten konnte. Während 83 Prozent der Bevölkerung längst für eine Ehe für alle waren, mussten sie weiter mit Plakaten und Sprechchören dafür kämpfen.

Hartnäckigkeit zahlt sich aus

Am Ende hat sich der öffentliche Druck für die Aktivist*innen gelohnt – Grüne, SPD und FDP schlossen eine Koalition ohne die Ehe für alle aus und machten die Entscheidung Merkels, die Abstimmung als Gewissensfrage zu bezeichnen, damit in den Worten der Bundeskanzlerin, schon beinahe „alternativlos“. Weil die Eheöffnung eben ein Verdienst derer ist, die dafür auf die Straße gingen und sie immer wieder thematisierten, endet dieser Text auch mit dem Zitat von einem von ihnen. Der Kulturwissenschaftler und Schwule Jan Schnorrenberg (Grüne) schrieb nach der Abstimmung: „Dieser Tag gehört denen, die ihr Leben lang im Geheimen liebten. Die vor dem Gesetz niemals Witwer waren. Nie zusammen beerdigt.“

[mac]

Rassismus geht uns alle an

Unter dem Titel „Rassismus im Lehrer*innenzimmer“ lud am Mittwoch, 28. Juni, das Internationale Referat des AStAs zum Vortrag Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum, ein. Fereidooni stellte seine Studie zu Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen von Referendar*innen und Lehrer*innen vor, die er im Rahmen seiner Dissertation durchführte. Hierbei als auch in der anschließenden Diskussion betonte er: **Rassismus geht uns alle an.**

Zu Beginn übte Fereidooni Kritik an dem Begriff „Migrationshintergrund“. Statt einzelne Individuen wahrzunehmen, pauschalisiere der Terminus und klammere die unterschiedlichen Migrationsursachen aus. Auch müsse man sich die Frage stellen, wie lange jemand als Person mit Migrationshintergrund bezeichnet werde. Oft diene es auch „als Füllwort für meistens negative Dinge“, so Fereidooni. Daher positioniert sich der Wissenschaftler für die Selbst- und gegen die Fremdbezeichnung und nutzt den Begriff in seiner Arbeit mit einfachen Anführungsstrichen.

Indirekt, witzig, harmlos?

Für seine Studie führte Fereidooni zunächst Pre-Interviews durch, anhand derer er einen Fragebogen konzipierte und diesen im quantitativen Teil seiner Untersuchung von 159 Referendar*innen und Lehrer*innen mit Migrationshintergrund ausfüllen lies. Danach führte er im qualitativen Teil der Studie Interviews mit zehn Personen – fünf mit und fünf ohne eigene Erfahrungen rassistischer Diskriminierung. Anschließend verglich er die Ergebnisse des quantitativen und qualitativen Teils. Im Fokus standen unter anderem die diskriminierungsrelevanten Differenzkategorien Geschlecht, Alter, Berufserfahrung und Unterrichtsfächer, sowie die rassistis-relevanten Differenzkategorien Herkunft, Sprache und Religion.

Ausgehend von den Ergebnissen der Fragebögen, erfolgten Diskriminierungen zum Großteil indirekt, etwa in Form von Witzen und Anspielungen – und zur Zeit des Referendariats. Entgegen der Vermutung Fereidoonis waren die Diskriminierenden nicht vorwiegend Schüler*innen, sondern Kolleg*innen und Vorgesetzte. Gleichzeitig haben Mitglieder dieser Personengruppen aber auch am häufigsten Hilfe geleistet. 41 Prozent der Befragten gaben an, öfter als drei Mal und weniger als sieben Mal Diskriminierung erfahren zu haben. Generell wirkten sich die Erfahrungen negativ auf den Gemütszustand der Betroffenen aus. Je religiöser, je älter, und je akzentbehafteter die Sprache, desto öfter erfuhren die Befragten Rassismus.

Verallgemeinerungsfähig seien allerdings nur vier Punkte Fereidoonis Arbeit. Der Zusammenhang von Geburtsland und Diskriminierung: So seien vor allem Menschen aus Nicht-EU-Ländern



Wenn Pädagog*innen Rassist*innen werden - Fereidooni blickt auf die Auswirkungen im Lehrer*innenzimmer. (Foto: caro)

betroffen. Der Beruf der Mutter spielt dabei beispielsweise eine große Rolle: Diejenigen, „dessen Mütter als Hausfrauen, ungelernete Arbeiterinnen oder Beamtinnen arbeit(et)en“, erfuhren häufiger Diskriminierung. Auch hinsichtlich der Muttersprache gibt es Unterschiede: Während Italienisch, Spanisch und Griechisch einen „Bildungswert genießen“, so Fereidooni, empfänden Personen mit Russisch oder Türkisch als Muttersprache öfter Diskriminierung. Zuletzt zeige sich auch bei Betroffenen eine erhöhte Interviewbereitschaft.

Werde ich diskriminiert?

Obwohl 40 Prozent der Befragten angaben, keine Diskriminierungserfahrungen in ihrem Berufsleben gemacht zu haben, sage dies nichts aus. Denn auch alle fünf Interviewpartner des qualitativen Teils der Studie, die sich diesen 40 Prozent zugehörig fühlten, schilderten eindeutig rassistische und diskriminierende Situationen. Dass sie diese nicht als solche bezeichneten, erklärte Fereidooni mit fünf Strategien: Victim blaming, Verharmlosung, Verleugnung, Unsicherheit und Eingeständnis. „Das war gar nicht so gemeint“, war das rassistisch? oder die vehemente Ablehnung der Opferrolle, weil man selbst bestraft habe, lauten die Begründungen, führte der Wissenschaftler aus.

In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um sogenannte best practice-Strategien, das Kopftuch, interkulturelle Kompetenz und Neutralität. Wie man am besten mit (rassistischer) Diskriminierung umgehe, darüber kann der Referent basierend auf seiner Studie keine Aussage treffen, da zu wenige Personen befragt wurden und die Antworten hier sehr unterschiedlich ausfielen. „Es kommt auf den individuellen Fall an“, meint Fereidooni. Zwar sei rechtliche Hilfe eine Option, es gebe aber keine unabhängige weisungsbefugte Beschwerdestelle und die Beweisführung stelle oftmals ein Problem dar.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) forderte bereits 2015, es müsse mehr Lehrer*innen mit Migrationshintergrund an Schulen geben. Zwar sei dies grundsätzlich wünschenswert. Allerdings argumentiere man hier vor allem mit interkultureller Kompetenz, „was auch immer das sein mag“, meint Fereidooni. Den Personen

werden zusätzliche Aufgaben, etwa Vermitteln, Dolmetschen und Integrieren zugeschrieben und daher nicht mehr als Individuum gesehen. In punkto interkultureller Kompetenz sei zudem zu sagen, dass es zwar toll sei, „wenn man sich bemüht, etwas zu lernen“. Jedoch würde in Trainings gelernt und Werkzeuge an die Hand gegeben, wenn jemand aus einem anderen Kulturkreis komme. Diesen gebe es aber nicht, weil er sich stetig wandle. Besonders bezogen auf Personen, die in dritter oder vierter Generation hier leben, meint der Wissenschaftler: „Ich kann nicht aufgrund der angenommenen Kultur Rückschlüsse auf das Verhalten ziehen.“

Gibt es Neutralität?

Auf die Frage, ob er selbst Rassismus erfahren habe, gibt Fereidooni zu bedenken, dass man hierdurch den Wissenschaftler auf seine Betroffenheit reduziere und „scheinbar harmlose Fragen dazu führen können, dass Menschen sich unwohl fühlen“. Allerdings habe man ihm während seiner Arbeit auch vorgeworfen, nicht neutral sein zu können, weil er selbst Betroffener sei. Sein klares Statement: „Kein Mensch ist neutral.“ Daher gebe es auch keine wissenschaftliche Neutralität. Aus dem Publikum heißt es dazu: „Ich muss auch kein Tier sein, um mich für Tierrechte einzusetzen.“ Betroffenheit sei manchmal auch unsichtbar, führt Fereidooni aus. Heute gebe es Ausschreibungen, in denen es heißt, Frauen werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Die Bevorzugung von Männern habe es – unausgesprochen – aber schon lange zuvor gegeben. Nicht weil der Mann besser war, sondern „weil der Habitus eine Rolle spielt“.

Immer wieder betonte Fereidooni, „Rassismus betrifft 100 Prozent unserer Gesellschaft“, da sie mit rassistischem Wissen aufgewachsen sei. „Es geht um Verantwortung, nicht um Schuld“, erklärt er weiter. Auch wenn es Unterschiede gebe zwischen dem heutigen Neo-Rassismus und dem biologischen Rassismus der Zeit des Nationalsozialismus, müsse man es „beim Namen nennen“.

Aller ernüchternder Ergebnisse zum Trotz möchte Fereidooni den Lehramtsstudierenden im Publikum aber noch auf den Weg geben: „Glauben Sie nicht, dass sie in eine Horrorinstitution kommen. Sie machen auch positive Erfahrungen.“

[caro]

Im Fach verschieden, in Zahlen vereint

Die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) hat viele Zahlen hervorgebracht. Prototypische Studierende sind 24,7 Jahre alt. 86 Prozent werden von den Eltern finanziert. Eines geht aus der Erhebung jedoch klar hervor: Das Geld reicht nicht mehr. Schon gar nicht für die durchschnittlich 18 Prozent BaföG empfangenden Studierenden. Das zeigt: Die Politik muss handeln. Zahlen über Studierende aus Nichtakademiker*innenfamilien sucht man vergebens. Das stößt auf Kritik.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem DSW, der Verband der 58 Studierendenwerke in Deutschland und dem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung wurden im Sommer 2016 insgesamt 400.000 Studierende erstmals online befragt. Herausgekommen ist ein repräsentativer Überblick darüber, wie Studierende ihren Lebensunterhalt finanzieren, welche Fächer sie studieren und was sie für Abschlüsse anstreben. Doch Studierende sind differenzierter als es Zahlen ausdrücken können. Das weiß auch Dieter Timermann, seit 2012 Präsident des DSW. „Es gibt nicht den einen Studenten und die eine Studentin, das zeigt die Studie klar. Die Studierendenschaft von heute ist vielfältig und pluralistisch, wie unsere Gesellschaft auch“, äußerte er sich im DSW Journal 2/2017.

Kostendruck steigt, Kritik wird lauter

Aus der Erhebung geht deutlich hervor, dass die Studierenden einem immer höheren Kostendruck ausgesetzt seien. 86 Prozent der Studierenden erhalten finanzielle Unterstützung der Eltern. Die Unterstützungsleistung ist von 261 Euro aus der letzten Erhebung 2012 auf 309 Euro gestiegen. Gleichzeitig müssen immer mehr Studierende nebenher arbeiten gehen. Etwa 61 Prozent haben einen Nebenjob, der durchschnittlich 385 Euro einbringt. Timermann sieht auch einen Zusammenhang zum BaföG: „Weil das BaföG nicht ausreicht, kompensieren das die Studierenden mit vermehrter Erwerbstätigkeit und die Eltern müssen sie stärker unterstützen.“

Anfang Juni dieses Jahres hat das Berliner Institut für Bildungs- und Sozialökonomie im Auftrag des DSW eine Studie veröffentlicht, in der genau darauf hingewiesen wird, dass sogar der aktuelle BaföG-Höchstsatz von 735 Euro die Lebenskosten der Studierenden nicht mehr deckt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fordert unter dem Motto „BaföG rauf – und zwar schnell“ schon seit langem eine rasche Angleichung des BaföGs an diese gestiegenen Kosten. Andreas Keller, stellvertretender GEW-Vorsitzender, erklärte Anfang Juni auf der Home-

page des Hamburger Verbandes, dass gerade noch 15 Prozent aller Studierenden Leistungen nach dem BaföG erhalten würden. Viele Studierende aus finanzschwachen Elternhäusern brächen ihr Studium vorzeitig ab, weil das BaföG die gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht decken würde. Insbesondere die Wohnungsmieten seien aus dem Ruder gelaufen: Die BaföG-Wohnpauschale liegt bei gerade mal 250 Euro – damit ließe sich in kaum einer Hochschulstadt eine Studierendenbude finanzieren. Im Hinblick auf die aktuelle Sozialerhebung kritisiert auch der freie Zusammenschluss von StudentInnen-schaften (fzs) die BaföG-Sätze und hat einen Vier-Punkte-Plan veröffentlicht. Endlich Zeit für Studium und Engagement – Soziale Situation von Student*innen verbessern lautet der Titel der Forderungen. Janek Heß, Vorstand des fzs, findet deutliche Worte: „Die Zahl der erwerbstätigen Studierenden nimmt zu, die der BaföG-Empfänger*innen ist weiter gesunken. Die Sozialerhebung weist somit nach, dass der finanzielle Druck auf Student*innen wächst. Finanzierungsorgen und psychische Erkrankungen nehmen weiter zu. In einem ersten Schritt muss hierzu das BaföG erhöht und erweitert werden.“ In dem Schreiben wird auch auf die Mietpauschale eingegangen und eine Erhöhung gefordert. Zudem soll der Regelsatz um 6,5 Prozent ansteigen, dann läge der Höchstsatz bei 782 Euro. Ein großes Defizit sieht der fzs in den Studienberatungen. Diese müssten intensiviert werden, vor allem in dem Zeitraum zwischen dem Schulabschluss und dem Beginn eines Studiums. Den möglichen Studierenden sollte schon vor Beginn ihres Studiums mögliche Berufsaussichten aufgezeigt werden, damit gegebenenfalls auch darüber nachgedacht wird, ob ein Studium überhaupt in Frage komme. Abschließend

fordert der fzs flexiblere Studien- und Lebensplanungen und ein Abrücken der strengen Stundenplänen und teilweisen noch vorhandenen Anwesenheitspflichten.

Kritik an der 21. Sozialdatenerhebung äußert auch die Organisation Arbeiterkind.de. Sie bemängeln, dass keinerlei Zahlen über Studierende aus Nichtakademiker*innenfamilien zu finden seien. Arbeiterkind.de unterstützt Menschen, die als erste aus ihrer Familie ein Studium aufnehmen, also Studierende der ersten Generation (aktuell berichtete). Katja Urbatsch, Gründerin und Geschäftsführerin von Arbeiterkind.de erklärt: „Studieninteressierte, die keine Vorbilder in ihrer Familie haben, schöpfen zu selten ihre Potenziale aus. Das Informationsdefizit, welches dazu führt, dass zu wenig über Finanzierungsmöglichkeiten, Stipendien, Studienorganisation und ablauf bekannt ist, muss behoben werden.“

Und an der UDE so?

Die Ergebnisse der Sozialerhebung zeigen eine bundesweite Übersicht. Konkret auf die Universität Duisburg-Essen (UDE) lassen sich diese nur bedingt übertragen. Das weiß auch Melanie Wessel vom Studierendenwerk Essen-Duisburg, fügt aber hinzu: „Demnach trifft die Erhebung teilweise auf die UDE zu, aber natürlich stimmt diese nicht in allen Punkten mit der Lebensrealität Studierender der UDE überein.“ Im Herbst soll eine Erhebung speziell für NRW veröffentlicht werden. Aber Wessel stimmt dem Ergebnis der Erhebung durchaus zu: „Ja, der wirtschaftliche Druck hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Durch das Bachelor- und Mastersystem und dem damit einhergehenden straff getakteten Studienalltag wird es für Studierende zunehmend schwieriger, neben dem



Eine erste Anlaufstelle für Studierende bei Finanzfragen: Das Studierendenwerk am Reckhammerweg. (Foto: mehu)



Im Schnitt haben Studierende 931 Euro im Monat zur Verfügung. (Foto: mebu)

Studium zu arbeiten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Lebensunterhaltungskosten in den letzten Jahren immer weiter gestiegen sind. Selbst BAföG-Empfänger, die den Vollsatz erhalten, müssen sich oftmals etwas hinzuverdienen, da der Bedarfssatz zu niedrig ist.“ Dadurch ändert sich auch das Beratungsangebot des Studierendenwerks, wie Wessler erklärt: „Diesoziale Beratung hat sich in Punkto Finanzierung insofern entwickelt, dass mittlerweile komplette Finanzierungskonzepte für ein Studium erarbeitet werden müssen. Das hat Auswirkungen auf die Beratungsarbeit, die mit dieser anspruchsvollen Aufgabe viel stärker als früher in Anspruch genommen wird.“

Dennoch sieht sich die UDE in einer besonderen Rolle. Das liegt zum Teil auch an dem Standort Ruhrgebiet. Universität der Potenziale heißt das Diversity-Papier der UDE. Gleich zu Anfang steht dort: „Aufgrund ihrer Verankerung im durch den Strukturwandel geprägten Ruhrgebiet und aufgrund der spezifischen Zusammensetzung ihrer Studierendenclientel sieht sich die Universität Duisburg-Essen einem besonderen bildungspolitischen Anspruch verpflichtet. Im Rahmen des Diversity Managements setzt die UDE daher einen Fokus auf die Themen Bildungsaufstieg, Leistungsheterogenität und Potenzialentfaltung.“ 2011 kamen etwa 50 Prozent der Studierenden der UDE aus Nichtakademiker*innenfamilien. Die Zahl

der Deutschlandstipendien sind an der UDE mit etwa 300 im bundesweiten Vergleich hoch.

Alternative: Stipendium?

Aus der Sozialerhebung geht auch hervor, dass fünf Prozent der Studierenden ihr Studium mittels eines Stipendiums finanzieren. Aber wieso ist diese Zahl so vermeintlich niedrig? Wessel vom Studierendenwerk Essen-Duisburg relativiert: „Fünf Prozent ist nicht zwangsläufig eine niedrige Zahl, wenn man bedenkt, dass laut der Erhebung nur rund 18 Prozent aller Studierenden BAföG erhalten.“

Der Gedanke, dass man für ein Stipendium außerordentlich gute Leistungen erbringen müsse, ist unter Studierenden weit verbreitet. Rilana Decker koordiniert an der UDE das Deutschlandstipendium. In Zusammenarbeit mit dem BMBF und privaten Förder*innen werden jährlich BAföG und einkommensunabhängig, Stipendien vergeben. Es werden jährlich 3600 Euro ausgezahlt, also 300 Euro monatlich, wobei das BMBF und die privaten Förder*innen sich die Summe jeweils zu 50 Prozent teilen. Für den Förderzeitraum 2016/2017 gibt es 334. „Die Zahl variiert, es kommt dabei darauf an, wie viele Private Förderer sich finden lassen“, erklärt Decker auf Anfrage der aktuell. Das gängige Klischee, dass man außerordentliche gute Leistungen im Studium haben muss, bestätigt auch Decker. „Die Kriterien für ein Stipendium sind nach wie vor gute Leistungen im Studium, politisches und soziales Engagement.“ Sie betont aber auch: „Generell sollten die Studierenden keine Scheu haben sich zu bewerben.“ Das Stipendienangebot habe, zumindest an der UDE, in den letzten Jahren deutlich zugenommen, so Decker. Auch Unternehmen wie der Essener Chemiekonzern Evonik bieten Stipendien an. Für Firmen ist es auch attraktiv, Studierende während ihrer Ausbildung zu fördern, um sie ans Unternehmen zu binden.

Einmal jährlich veranstaltet die UDE unter dem Namen „Stip Stip Hurra“ einen Informationstag über das Stipendienprogramm der Universität, der am 22. Juni stattfand. Für alle Interessierten kann man sich unter www.uni-due.de/de/studium/foerderwerke über die verschiedensten Förder*innen informieren. Dennoch sollte das Stipendium nicht die einzige verbleibende Alternative sein, wenn man sein Studium nicht mehr finanzieren kann. Es führt kein Weg daran vorbei, dass die Politik spätestens nach der Bundestagswahl im September die BAföG-Sätze an die Lebensrealität der Studierenden anpasst. Und die lautet nun mal, dass die Kosten für Miete und Lebensmittel steigen und in den Metropolen förmlich die Mieten explodieren. Da liegen wir im Ruhrgebiet noch im finanziellen Mittelfeld. [mehu]

Belauschen

Bochumer Bläserchester



Daaa daa da da da daaaa – so in etwa dürfte es klingen, wenn das Sinfonische Bläserchester der Ruhr-Universität Bochum zum Sommerkonzert „Episode 2017“ lädt. Neben diversen Star Wars werden auch Musicmelodien von *Wicked*, *West Side Story* und Filmmusik von Ennio Morricone um die Ohren geblasen. Der Hörgenuss ist variabel am Samstag oder am Sonntag zu genießen. Wer nicht genug bekommt, kann natürlich an beiden Tagen hingehen.

↗ **Samstag, 8. Juli, 19 Uhr, Sonntag 9. Juli, 17 Uhr, Audimax, Ruhr Uni Bochum, Eintritt frei**

Ballern

CSD in Köln

OMG! *Erasure* auf dem CSD. Neben dem besten, was Synthie Pop zu bieten hat, wird natürlich ausgiebig die vom Bundestag beschlossene Ehe für alle gefeiert. Also stellt euer Konfetti kalt und werft die Sektflaschen in die Luft, der größte Christopher Street Day marschiert durch Köln und verwandelt die Innenstadt in ein buntes Treiben. Oh, Baby please, give a little respect to meee!

↗ **Sonntag, 9. Juli, Demo ab 12 Uhr, Deutzer Brücke, Köln, Eintritt frei**

Mehr Ballern

Soliparty

Im Druckluft gibt es zum Mittagstisch und Abendbrot feinstes Technogeballer für schmale sechs Münzen. Treibende Beats und Bässe servieren euch ballerwütigen Tanzbären unter Anderem die Plattenkünstler*innen Désirée, Sam Rein Cater Karlos oder Tim Taste. Ekstatisches Abzappeln mit gelegentlichen Sessions für ausgiebiges Schnabulieren ist ausdrücklich erlaubt. Und das Beste: Raven ohne schlechtes Gewissen, denn das ganze findet als Soliparty statt.

↗ **Sonntag, 9. Juli, 12 bis 20 Uhr, Druckluft, Oberhausen, Eintritt 6 Euro**

Nahverkehr: Duisburg rüstet auf

Duisburg hat bundesweit eines der schlechtesten Bus- und Bahnnetze. Zu dem Schluss kam eine Studie des Beratungsunternehmens Civity Anfang des Jahres (akduell berichtete). Am Image einer ÖPNV-unfreundlichen Stadt möchte man dort jedoch arbeiten. Vergangenen Donnerstag, 29. Juni, wurde in der Bezirksvertretung Mitte über das Nahverkehrskonzept diskutiert, welches einige Änderungen vorsieht.

Ein teures Unterfangen, das den städtischen Nahverkehr aber deutlich aufrüsten würde. Vor allem in Duisburg-Mitte soll es dem Konzeptvorschlag zufolge eine Menge Verbesserungen geben. Für viele Studierende dürfte vor allem der geplante Bau einer neuen Straßenbahnlinie von Interesse sein, der unter dem Titel „90X“ konzipiert wird. Damit soll es Passagieren ermöglicht werden, ohne umzusteigen von Hochfeld über die Innenstadt bis zur Universität in Neudorf fahren zu können. Derzeit fährt lediglich die Linie 901 durch Neudorf – und zwar nur in 15-Minuten-Taktung und nicht durch den Stadtteil Hochfeld, wo viele Studierende leben. Auch das Studierendenparlament der Universität Duisburg-Essen kritisierte auf einer Sitzung vor zwei Monaten die schlechte Verbindung zwischen den Stadtteilen. Da die 901 nicht unmittelbar vor den Universitätsgebäuden hält und man bis zu den Seminarräumen einen teils weiten Fußweg in Kauf nehmen müsste, würden viele mit dem Bus fahren. Und da diese ohnehin nahezu ausschließlich von Studierenden genutzt werden, seien die Linien trotz 7,5 Minuten-Taktung stark ausgelastet. Die Kosten für die Einführung der 90X-Strecke würden bei über 30 Millionen Euro liegen.

Das Konzept sieht eine weitere Straßenbahnlinie vor. Die soll zwischen Hochfeld und Rheinhausen bis zum dortigen Marktplatz fahren. Der linksrheinische Stadtteil ist vom Straßenbahnverkehr bislang komplett abgeschieden. Dort fahren lediglich einige Züge vom Duisburger Hauptbahnhof kommend sowie Buslinien, die zum Teil lange Fahrtzeiten bis ins Zentrum benötigen. Für die zweite neue Linie veranschlagen die Planenden weitere 60 Millionen Euro. Für den städtischen Nahverkehr würde das jedoch eine enorme Verbesserung darstellen. Die Anzahl der Straßenbahnlinien würde sich von bescheidenen vier auf sechs erhöhen.

Taxi-Busse wie auf dem Land

Auch soll die Flexibilität außerhalb der Fahrzeiten des Regelverkehrs erhöht werden. Anders als bisher sollen nun auch unterhalb der Woche zwischen 23.30 Uhr und 1.30 Uhr Nachtbusse verkehren. Zusätzlich plant die Duisburger Verkehrs Gesellschaft (DVG)



Die Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) sind nicht gerade für einen optimalen ÖPNV bekannt. Stimmt der Rat der Stadt aber dem neuen Nahverkehrsplan zu, wird es erhebliche Verbesserungen geben. (Foto: fro)

die Einführung sogenannter Taxi-Busse, die Flexibilität auch zu später Stunde ermöglichen sollen. Was man aus ländlichen Gegenden kennt – wo die Kutsche erst kürzlich gegen motorisierte Fortbewegungsmethoden ausgetauscht wurde – möchten die Verkehrsbetriebe nun in Duisburg einrichten. Die sieben- bis achtsitzigen Taxibusse sollen per App zum Wunschort gefordert werden und von dort aus ÖPNV-Nutzer*innen zur nächsten Nachtexpress-Haltestelle oder gar bis vor die Haustür bringen. Dementsprechend haben die Busse keine festen Abfahrtszeiten, sondern richten sich nach den Kund*innenwünschen. Die Taxibusse könnten mit dem herkömmlichen VRR-Ticket benutzt werden. Die DVG möchte das Modellprojekt schnell an den Start bringen. Noch in diesem Jahr soll das Angebot nutzbar sein.

Bestehende Straßenbahnen werden saniert

Seit längerem gibt es in Duisburg das Problem, dass weniger Straßenbahnen auf den Schienen fahren als benötigt bauen. Vor allem im Duisburger Norden sowie auf der Strecke der Linie 901 zwischen Obermarxloh und Universität/Zoo beziehungsweise Mühlheim an der Ruhr standen Ausfälle und Verspätungen an der Tagesordnung. Der Grund: 28 der insgesamt 64 Straßenbahnen müssen zu Kosten von je 750.000 Euro saniert werden. Diese sind zum Teil seit über 30 Jahren im Einsatz und müssen von Rost und Korrosionsschäden befreit werden. Seit 2015 ist die DVG bemüht, die Schäden zu beheben. Mittlerweile sei schon einen Großteil der Fahrzeuge saniert, sodass sich die Situation verbessert, heißt es auf der Webseite

der Verkehrsbetriebe. Derzeit würden drei für die Inbetriebnahme vorbereitet, sechs aktuell saniert und sechs weitere seien demnächst an der Reihe (Stand: Mai 2017). „Die notwendigen Sanierungsarbeiten sind umfangreich und zeitintensiv. Ersatzteile sind teilweise Einzelanfertigungen und daher zeitaufwendig in der Beschaffung“, heißt es weiter. Die Folge: Gerade zu Stoßzeiten morgens und am Nachmittag kommt es vor, dass die Kapazitäten erschöpft sind und Fahrgäste oder die, die es mal werden wollen, auf die nächste Bahn warten müssen. Zwar versuchte die DVG das Problem mittels eines Schienenersatzverkehrs zu kompensieren. Doch nahmen viele Passagiere das Angebot nicht an – womöglich auch, weil dieser nur bis Meiderich und nicht bis zum Hauptbahnhof fährt.

Bald leerere Straßenbahnen?

Zumindest ist bald ein Ende in Sicht. Im kommenden Jahr sollen alle Sanierungsarbeiten abgeschlossen sein, sodass wieder die gesamte DVG-Flotte auf den Schienen unterwegs sein wird. Und mehr noch: Ab 2021 sollen Prototypen neuer Modelle durch Duisburg fahren. Bis 2024 sind insgesamt 47 neue Straßenbahnen zu Kosten von je drei Millionen Euro geplant. Die sollen auch Paum für 200 statt für 172 Passagiere bieten, mehr Platz für Kinderwagen oder Rollstühle haben und sechs statt fünf Türen besitzen. Wann genau die neuen Straßenbahnlinien, die das Nahverkehrskonzept vorsieht, rollen könnten, bleibt jedoch noch offen. Bislang steht nur fest, dass der Rat der Stadt Duisburg am Montag, 3. Juli, erst nach Redaktionsabschluss, darüber abstimmen wird. **[fro]**

Ein kurzes Durchatmen



Aufwändige Inszenierung am Berliner Platz, im Vordergrund Sternfahrer*innen (Foto: dav)

Ganz entspannt mitten auf der Hindenburgstraße in Richtung Universität laufen? Oder einfach am Berliner Platz quer über die Kreuzung? Was an den meisten Tagen ein waghalsiges Unterfangen darstellt, war am vergangenen Sonntag, 2. Juli, ganz ungefährlich. Wegen des Tags der Bewegung im Rahmen der Grünen Hauptstadt Essen waren große Teile der Innenstadt für Autos gesperrt.

Gespensische Leere auf der Hindenburgstraße um 11:45 Uhr. Kein motorisiertes Fahrzeug weit und breit. Und trotzdem sind hier einige Flitzer unterwegs, allerdings in Holzkisten. Bei einem Seifenkistenrennen konkurrierten Junior*innen und Erwachsene um Plätze auf dem Siegerpodest. Auch wenn der Start aufgrund des schlechten Wetters etwas holprig verlief und sich neben den Eltern der Fahrer*innen kaum Besuchende an die Rennstrecke verirrt. Aufgrund der nassen Straße gab es außerdem auch immer wieder längere Pausen zwischen den Rennen.

Rauschbrille und Evag-DVD

Deutlich belebter war es da schon in der Gegend um den Berliner Platz. Entlang der Straße hatten verschiedene Vereine, Organisationen und Firmen Infostände und interaktive Spiele organisiert. An diversen Ständen ließ sich basteln, malen oder Gummibärchen abstauben. Bei der Essener Polizei konnte man sich eine Rauschbrille aufziehen, die einen Volltrunkenen Zustand simuliert. Mit der Brille auf der Nase musste man dann einen Hindernisparcours überwinden. Bei der Sparkasse durften riesige Sparschweine bemalt werden, bei 1.000 Herzen für Essen gab es einen Blutdruckmess-Marathon und die Essener Verkehrs AG (Evag) hatte einen abgedunkelten Bus aufgefahren, in dem Kinder ein Dschungelabenteuer erleben konnten. Außerdem gab es ein digitales Glücksrad, bei dem man auf einem Tablet einen Knopf drückte und dann der gewonnene Preis auf dem Bildschirm erschien. Und während eine Frau vor mir eine

Popcornmaschine gewann, hielt ich wenig später eine Evag-DVD in den Händen. Das nächste Schrottwichtelgeschenk für Weihnachten ist gesichert.

Vor dem Cinemaxx stand das Kunstprojekt der Grünen Lunge von Künstler*innen des Pappelpapp-Kollektivs, welches auch bei der Eröffnung der Grünen Hauptstadt im Grugapark stand. Damals sollten alte Plastiktüten in die Lunge gesteckt werden, bis sie nicht mehr atmen konnte. Beim Tag der Bewegung wurden aus den alten Plastiktüten mit Sand und Federn dann Indiacas gebastelt.

Spektakel am Berliner Platz

Highlight des Tages der Bewegung war sicherlich eine spektakuläre Inszenierung auf der Grünfläche des Kreisverkehrs vor dem Einkaufszentrum Limbecker Platz. Unter dem Titel Moving Green schwebten Schausteller*innen in Engels- und Pferdekostümen an einem Kran in etwa 20 Metern Höhe. Dazu sang eine Sängerin ein Opernstück und immer wieder regneten glitzernde Papierfetzen vom Himmel. Das Ganze wurde eingebettet in die rund 1.000 Radfahrenden der Sternfahrt, an deren Spitze der Essener Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) radelte sowie zusammengeschweißte selbstlaufende Metalltiere, die von ihren Erschaffern als Herde begleitet wurden.

Kurz darauf bedankte sich Kufen bei allen Helfenden und den vielen Freiwilligen. Und er versichert: „Alles biologisch abbaubar“, womit er sich auf den Konfettiregen während der Inszenierung bezieht. Weiter führte Kufen aus, dass Essen zwar schon recht grün sei, aber es auch noch Potenzial für Verbesserungen gibt. Auf von Naturschützer*innen geäußerte Kritik an den Projekten und der Umsetzung der Grünen Hauptstadt ging er nicht ein. Deutliche Worte der Kritik fand allerdings sein Nachredner vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club. Er kritisierte den mangelhaften Ausbau von Radwegen, das ständige Halten von Autos auf ihnen und forderte eigene Ampelschaltungen für Radfahrende.

Kurzfasst

Probier's mal mit Gemütlichkeit!

Der Essener Unichor präsentiert am kommenden Wochenende, am Freitag, 7. Juli, und am Sonntag, 9. Juli, im alten Audimax am Campus Essen sein Programm des Sommersemesters. Nachdem im Winter noch etwas düster von Hexen, Geistern und Dämonen gesungen wurde (aktuell berichtete), widmet sich das Ensemble nun fröhlicheren Tönen: nämlich der Musical-Welt von Walt Disney. Neben Songs aus Disney-Klassikern wie *König der Löwen*, *Die Schöne und das Biest* oder *Marry Poppins*, stellt der Unichor auch etwas weniger bekannte Stücke aus neueren Disney-Produktionen vor. Darunter zum Beispiel *Touch the sky* aus der Pixar-Disney-Coproduktion *Merida – Die Legende der Highlands* von 2012 oder *We know the way* aus dem erst 2016 auf den Leidwänden laufenden *Vaiana – Das Paradies* hat einen Haken. Eine Mischung aus langsamen, harmonischen Klängen und aus etwas schnelleren Up-Tempo-Nummern wird das, aus zwei Teilen bestehende Programm des Sommersemesters, darbieten. Eine besondere Ehre gibt es für einige Sänger*innen des Chors, die teilweise kürzere aber auch längere Solo-Stellen aus einigen Stücken singen dürfen. Auch visuell soll das Audimax an beiden Tagen in die Disney-Welt eintauchen: Einige der Chormitglieder planen sich in Schale zu schmeißen und in Kostümen von Disney-Charakteren aufzutreten. Außerdem soll eine Slideshow mit Bildern aus den Filmen im Audimax projiziert werden. Eine weitere Besonderheit besteht außerdem beim ersten Konzert am Freitag: Dieses wird nämlich als Benefizkonzert zugunsten der Ehrenamtagentur Essen mit dessen Schirmherr Henning Baum veranstaltet. Sprich: Eintritt frei, aber um Spenden wird gebeten. Bei Wohlgefühl-Klängen wie *Can you feel the love tonight?* und *You'll be in my heart* werden dann hoffentlich ein paar Zuschauer*innen gern ihren Geldbeutel zücken. [rat]

Wann? Am Freitag, 7. Juli um 20 Uhr und am Sonntag, 9. Juli um 17 Uhr

Wo? Im Alten Audimax am Campus Essen, Segerothstraße Ecke Grillostraße.

Immerhin für den Tag der Bewegung wurden über drei Kilometer Straße für den Autoverkehr abgesperrt. Dass die Verbannung der Autos aus der Innenstadt im Jahr der Grünen Hauptstadt nur einmal stattfinden soll, ist aufgrund der zahlreichen Besucher*innen schade. So bleibt der Tag der Bewegung lediglich ein viel zu kurzes befreites Durchatmen für die ansonsten nicht so ganz so Grüne Hauptstadt. [dav]

Was ist das für 1 Coplife?

Die Polizei – dein Freund und Helfer – bekannt aus den Negativschlagzeilen der Presselandschaft wegen Augen-OPs nach Wasserwerfereinsatz, der Abschiebung von Schüler*innen direkt aus dem Klassenzimmer heraus - oder Racial-Profilung, gibt es jetzt auch in der Mallorca-Edition. Berliner Hundertschaften haben es sich nicht nehmen lassen, in Hamburg vor dem G20-Gipfel ordentlich auf den Putz zu hauen und wurden prompt zurückbeordert.

Es klingt nach dem Drehbuch einer ausschweifenden College-Partynacht: Drogen, Alkohol in rauen Mengen, öffentliches Urinieren und ein öffentliches Rodeo zu zweit gepaart mit ein paar ordentlichen Raufereien. On-Top eine strippende Polizistin im Bademantel, die inbrünstig mit ihrer Knarre herumwedelt. Dabei handelt es sich aber eben nicht um die Handlung des nächsten Til Schweiger-Tatorts, sondern um die Beschreibung einer – denkwürdigen Nacht für die Berliner Partycops.

Am nächsten Tag dürfte den Meisten dann der Partyspaß vergangen sein – und zwar nicht bloß wegen dem dicken Brummschädel. Denn den Hamburger Polizeikolleg*innen ging das nächtliche Treiben ordentlich gegen den Strich. r:o also für das Berghain gegen die Reeperbahn. Wie die unbeliebten Mitschüler*innen haben die Kolleg*innen aus Hamburg dann auch erstmal dem Lehrer gepetzt. Das Ende vom Lied: Alle 220 Beamt*innen zurück nach Berlin.

Stellt sich natürlich die Frage, was die Partyanimals da geritten hat? Also außer sie sich gegenseitig. Thomas Neuendorf, Pressesprecher der Berliner Polizei, äußerte sich gegenüber der Welt: „Die Kollegen haben erklärt, das ihnen langweilig war, es gab keinen Fernseher, das war doof.“ Dazu muss man wissen, dass die Hundertschaften in Containern untergebracht waren, die zuvor zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt wurden. Wie diese es geschafft haben, ohne Alkohol und Geschlechtsverkehr vor Publikum wochen-

lang in den langweiligen Containern auszuharren, ist für die Berliner Polizei noch ein Rätsel.

Weiter erklärt Neuendorf: „Wir befinden uns hier nicht auf einer Klassenfahrt von 16-Jährigen.“ Da wäre man doch gerne mal mit Neuendorf auf Klassenfahrt gewesen. Er führt aus: „Es heißt eben immer: Wohlverhalten durch Polizisten. Und da kann man nicht wie irre feiern und in der Öffentlichkeit bumsen, um das mal so deutlich zu sagen.“ Währenddessen kringelt sich das Internet in der Kommentarspalte vor Lachen.

Ihren Job werden die Fetenfreund*innen aus Berlin im Übrigen behalten. Der Pressesprecher sagt dazu: „Naja, da gibt’s einen Verweis, vielleicht auch eine Geldstrafe und man wird überlegen, ob man die, wie sagt man in der Schule auch? Auseinandersetzt. Auch



Party, Palmen, Weiber und ein Bier, öfter mal G20 wollen wir! (Foto: fro)

wenn wir uns jetzt ein bisschen drüber lustig machen, das muss Konsequenzen haben.“

Kurze Zeit später taucht im Netz auch ein Bild von dem Abend auf verschiedenen Sozialen Medien auf. Tituliert ist das Bild mit dem Schriftzug „Aber scheiß drauf, G20 ist nur einmal im Jahr“. Angeboten hätten sich sicherlich auch noch weitere Umdichtungen wie Jürgen Drews’ „Ein Bett im Container, das ist immer frei und es ist G20, was ist schon dabei?“, Mickie Krauses „Geh mal Bier holen, es ist wieder G20“ oder auch Udo Jürgens’ „G2oer Wein“. Vielleicht gibt es ja bald – das erste Mixtape der Berliner Polizei. Auch wenn man vom Vermarktungsnamen „Ballermann Hits“ wohl besser Abstand nehmen sollte. [dav]

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Alexander Steffen

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huisman (mehu), Sarah Dannehl (caro), Mirjam Ratmann (rat), Lorenza Kaib (lenz)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstedde

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

			5		2	7
	9				4	
7		6		4		8 3
	4		5			8
		9 4		3 7		
5			8		2	
1 6		2			3	9
		4				7
9	7			1		

WOHNHEIMGESCHICHTEN

